

# «Es macht nicht immer Sinn, den Kuchen in gleiche Stücke einzuteilen»

**Raphael Lanz** Thuns SVP-Stadtpräsident schlägt nach der gescheiterten Reform der Unternehmenssteuern einen Weg aus der Blockade in der Berner Kantonpolitik vor. Der Jurist skizziert, wie man im Kanton ein Paket schnüren könnte, das einen Konsens schafft.

## Interview: Stefan von Bergen

**Nur in einer der zwölf grössten Schweizer Städte gibt es einen Stadtpräsidenten der SVP. Nämlich Sie in Thun, Herr Lanz. Sind Sie eine Ausnahmefigur?**  
Raphael Lanz: Das ist nicht nur eine Frage der Figur, sondern auch der politischen Konstellation. Die Vertretung der SVP in der Thuner Stadtregierung hat eine lange Tradition. Die Thuner SVP versteht sich als staatstragende und konstruktive Partei. Unsere Wähleranteile waren immer solid, wir erlitten keinen Rückgang wie in anderen Städten.

**Die Konstellation allein hilft nicht, es braucht auch eine Person. Was sind Sie für eine Person?**

Von meinem Naturell her versuche ich, sehr pragmatisch und mit wenig Ideologie zu politisieren. Ich akzeptiere, dass man in unserem System die wesentlichen politischen Kräfte ins Boot holen muss. Weil man sonst die erforderlichen Mehrheiten nicht erzielt.

**Gehören Sie mit Ihrem vermittelnden Stil in der forschen SVP zu einer Minderheit?**

Es stimmt, dass Vertreter unserer Partei mit pointierten Positionen bei Regierungswahlen bisweilen Mühe haben. Als Exekutivpolitiker muss man auch für andere Positionen Verständnis haben. Das habe ich in Thun gelernt. Alle Parteien haben in unserer Stadt Anteil an der Politik und suchen einen gemeinsamen Nenner. So funktioniert in der Schweiz die Gemeindepolitik. Hier in Thun gehöre ich übrigens nicht einer Minderheit an, sonst wäre ich nicht in meiner aktuellen Funktion.

**Die SVP ist in Städten eher erfolglos und hat nicht unbedingt ein Flair für urbane Politik. Haben Sie es?**

Wir nehmen jedenfalls die Anliegen der Bürgerinnen und Bürger auf. Wir setzen uns etwa für

einen angenehmen Aufenthalt im öffentlichen Raum ein, wir kümmern uns um Parkanlagen. Betrachtet man unsere Wahlergebnisse, machen wir offenbar einiges richtig.

**Sie verstecken sich hinter der Wirform. Wer ist wir?**  
Die mehrheitlich bürgerliche Thuner Stadtregierung. Auch als Präsident sehe ich mich als Teil eines Teams.

**Sie sprechen als Bürgerlicher vom öffentlichen Raum. Weil Sie begriffen haben, dass man dieses Thema nicht einfach dem rot-grünen Lager überlassen darf?**

Wir nehmen bestehende Anliegen und neue Tendenzen auf. Wenn wir gewisse Bedürfnisse nicht aufnehmen, machen das andere. Das gehört zur Politik. Wer an den Bürgern vorbeipolitisiert, erhält bei den Wahlen die Quittung. Wir haben in Thun gemeinsam mit interessierten Kreisen und dem Gewerbe in der ganzen Innenstadt eine Fussgängerzone eingerichtet. Das brauchte ein Zusammenwirken von vielen, einige mussten auch ein wenig nachgeben.

**Übernehmen Sie in Thun rot-grüne Rezepte? Möblierten Sie nun so wie SP-Gemeinderätin Ursula Wyss in Bern den öffentlichen Raum?**

Wir wollen Möglichkeiten schaffen, dass man sich im öffentlichen Raum aufhalten kann. Wir fragen uns aber, in welchem Mass der Staat und die Politik von oben eingreifen sollen. Wir wollen die Leute motivieren, selber tätig zu werden. In anderen Orten glaubt die Politik stärker zu wissen, was für die Bürger das Richtige ist.

**Fühlen Sie sich eigentlich als Städter?**

Ich bin hier gleich um die Ecke in der Thuner Altstadt aufgewachsen, ich bin also ein Städter. Ich gehe aber gerne in die Natur und habe ein Flair für das Land. Ich bin gerne in einer so

vielfältigen Stadt wie Thun, die nicht so anonym ist wie grosse Städte.

**Wie verdichtet wohnen Sie? Ich wohne mit meiner fünfköpfigen Familie in einem eigenen Haus in der Nähe des Bahnhofs.**

**In grossen Städten verzichten viele Haushalte auf ein eigenes Auto. Sie auch?**

Nein. Wenn wir unser Auto in den Service bringen, meint der Garagier aber jeweils, es werde nicht sehr stark genutzt. Thun ist eine Stadt der kurzen Wege, die Leute wissen, dass ich hier mit dem Velo unterwegs bin.

**Könnte Ihre Partei von Ihnen und von Thun lernen, dass es auch eine erfolgreiche bürgerliche Stadtpolitik geben kann?**

Wir politisieren nicht, um jemanden zu belehren. Wir versuchen eine gute Politik im Interesse unserer Bürgerinnen und Bürger zumachen. Wenn das, was wir machen, eine bürgerliche Stadtpolitik ist, dann kann man das so sehen.

**Wieso halten Sie sich so zurück? Hat man Sie schon für Ihre fussgängerfreundliche Stadtpolitik kritisiert?**

Ich gebe zu, dass ich auch schon gehört habe: Jetzt macht auch Ihr noch Fussgängerzonen.

**Was erwidern Sie dann? Ich sage: Man kann das Auto nicht einfach wegzaubern, man muss eine Alternative anbieten. Wir haben hier in Thun nicht alle drei Minuten ein Tram wie in Bern. Wenn aus dem weiten ländlichen Raum rund um Thun die Leute zu uns in die Stadt kommen, freut uns das. Wir wollen ihnen nicht sagen, ihr müsst das Auto zu Hause lassen. Wir haben deshalb am Rand der Thuner Innenstadt Parkings gebaut, so etwa im Schlossberg. Nun können wir den Bürgern klarmachen, dass sie ihr Auto nicht mehr überall in der Stadt abstellen können. Es braucht ein**

**Miteinander.**

**«Wenn wir gewisse Bedürfnisse nicht aufnehmen, machen das andere.»**

## Serie

### Bern wohin?

**Ist Thun weniger polarisiert als etwa Bern?**

Ja. Ich versuche mir immer vorzustellen, dass in der Politik alle etwas Gutes realisieren wollen. Mir fällt kein Zacken aus der Krone, wenn ich gute Anliegen der Gegenseite anerkenne. Aus der Distanz kommt es mir vor, dass es in anderen Städten nicht so läuft. Wenn dort die einen A sagen, sagen die anderen Z. Wir versuchen hier, eine andere Kultur zu leben. Das hat aber auch seinen Preis.

**Welchen denn?**

Wenn es gut läuft und Lösungen gibt, dann hat man als Stadtpräsident weniger mediale Präsenz. Es fällt halt mehr auf, wenn in einer Exekutive Feuer im Dach ist. Aber hier in der Thuner Stadtpolitik gibt es keine ausgeprägten Feindschaften.

**Glückliches Thun! Wird Ihre Stadt im Kanton unterschätzt?**

Ich will mich nicht beklagen. Soll die viel gelobte Achse Thun–Bern–Biel mehr als bloss eine Idee sein, müsste der Kanton allerdings auch seine Investitionen auf diese Achse verteilen. Ich habe Verständnis, dass die Sitem-Isel in Bern und der Fachhochschulcampus in Biel sind. Wenn aber einer von drei Orten bei Investitionen leer ausgeht, ist das keine richtige Achse.

**Wollen Sie auch noch einen Fachhochschulstandort? Ist sie nicht schon verzettelt genug?**

Wir fordern nicht ineffiziente Strukturen. Wir haben der Kantonsregierung aber zu ihren kürzlich präsentierten Regierungsrichtlinien Vorschläge gemacht. Thun definiert sich gerade als Smart City, es könnte also am geplanten Kompetenzzentrum für Digitalisierung beteiligt werden. Hier befindet sich mit der Empa ja schon ein Ableger der ETH.

**Sind Sie als pragmatischer Konsenspolitiker besonders geeignet, den stagnierenden Kanton Bern voranzubringen?**

Ich mache mir jedenfalls Gedanken über den Kanton. Er hat zwar Potenzial, aber erweckt auch den Eindruck, nicht weiterzukommen. Man wollte mit einer Senkung der Unternehmenssteuern einen kleinen Schritt machen. Dem Grossen Rat, dem auch ich angehöre, gelang es aber nicht, dafür eine Mehrheit zu finden. Ich gehörte leider zu den Verlierern.

**Es gab ja auch Gründe, die Steuersenkung abzulehnen. Die Vorlage bot den Berner Steuerzahlern wohl zu wenig Vorteile.**

Ich habe Verständnis für die Skepsis. Aber mir geht es vor allem um das Zeichen, das der Kanton aussendet. Unternehmen können sich nun fragen: Macht es Sinn, in diesem blockierten Kanton zu investieren?

**Warum hat Ihre bürgerliche Mehrheit im Grossen Rat die Bevölkerung nicht von der Steuersenkung überzeugen können?**

Wir müssen die Bedenken, die von verschiedenen Seiten ins Feld geführt werden, genauer anschauen und alle ernst nehmen. Meine Überzeugung ist, dass wir allen wichtigen Gruppen im Kanton glaubwürdige Zusicherungen machen müssen. Also den Städten und dem linken Lager, die fürchten, dass auf dem Buckel der Schwächsten gespart wird. Dem ländlichen Raum, der fürchtet, dass ihm etwas weggenommen wird. Oder den Steuerzahlern, die fürchten, am Ende die Zeche zu zahlen. Leider haben wir nicht die nötige Manövrierreserve für eine Mehrheit geschaffen.

**Von was für einer Manövrierreserve sprechen Sie?**

Wir haben derzeit einen finanziellen Spielraum, weil es die erwarteten Ausfälle durch eine Senkung der Unternehmenssteuern nicht gibt. Jetzt könnten wir eine moderate Steuersenkung mit dem vom Regierungsrat geplanten Investitionsfonds



Der Thuner Stadtpräsident Raphael Lanz (SVP) will Bedenken abbauen. Foto: Christian Pfander

verbinden. So liesse sich ein Paket schnüren, hinter dem breite Kreise stehen. Das könnte eine Vorwärtsstrategie einläuten.

**Ihre Partei lehnt den Investitionsfonds aber ab. In meinen politischen Kreisen ist man skeptisch gegenüber dem Fonds. Ich hoffe, er kommt dennoch. Ich plädiere deshalb dafür, verschiedene Anliegen miteinander zu verbinden. Wenn man jetzt allen Gruppen glaubwürdige Zusicherungen macht, dass ihre Ängste unbegründet sind, bekommt man die notwendige Mehrheit für Schritte nach vorn.**

**Der klamme Kanton kann sich doch solche Zusicherungen gar nicht leisten?**

Der finanzielle Spielraum ist nicht riesig, aber vorhanden. Aber es geht um mehr als um Frankenbeiträge. Es geht um einen Grundkonsens.

**Müssten dafür nicht die Politiker über Ihren Schatten springen? Linke müssten mit sich über Steuersenkungen reden lassen, SVPler Gemeindefusionen zulassen.**

Jetzt führen Sie gleich umstrittene Reizthemen an. Ich glaube nicht, dass man für eine Vorwärtsstrategie mit den Reizthemen beginnen sollte. So erzielt man keinen Grundkonsens. In der Verhandlungsführung ist das kein gutes Vorgehen. Man muss von möglichen Gemeinsamkeiten ausgehen.

**Müsste die Kantonsregierung etwa für Standortentscheide früh alle involvierten Kreise ansprechen?**

Es ist jedenfalls so, dass es nur noch ein Entweder-Oder, Sieger und Verlierer gibt, wenn man bei Standortvergaben nur aus zwei Optionen wählen kann. Für einen Konsens sollte die Verhandlungsmasse grösser sein. Man müsste also zum Beispiel den Investitionsfonds mit einer Steuersenkung verbinden. Es muss Aussicht bestehen, dass alle etwas bekommen und so auch be-

reit sind, von ihren harten Positionen abzurücken.

**Haben Sie diese Verhandlungstechnik in Ihrer Zeit als Richter gelernt?**

Da habe ich jedenfalls gelernt, dass man genau nachfragen muss, wie die Interessenlage ist und zu welchen Zugeständnissen die Parteien bereit und finanziell in der Lage sind. Ich habe mich auch beim Rechtsstudium in den USA mit Verhandlungstechnik beschäftigt. Dort habe ich die Geschichte mit den zwei Kindern und der Orange gehört. Kennen Sie die?

**Nein.**  
Beide Kinder wollen die Orange, die Mutter schneidet sie also in zwei gleich grosse Hälften. Nun presst das eine Kind den Saft aus

**«Jetzt könnten wir eine moderate Steuersenkung mit dem geplanten Investitionsfonds verbinden.»**

seiner Hälfte, das andere aber respekt die Schale, weil es backen will. Hätte die Mutter die Bedürfnisse ihrer Kinder besser erfragt, hätte das eine Kind die ganze Orange auspresst und das andere die ganze Schale raspeln können.

**Und was heisst das für die Politik?**

Dass es nicht immer Sinn macht, den Kuchen in gleiche Stücke aufzuteilen, das hat Blockadepotenzial. Man sollte in der Politik gewisse Fragen und Probleme miteinander verknüpfen, dann hat man mehr Verhandlungspotenzial und eine grössere Chance für Zustimmung. Wenn wir also die Befürchtung

gen der Städte wie auch der Landregionen ernst nehmen, bekommen wir Mehrheiten. In der Politik können nicht alle jubeln. Aber im Kanton Bern müssen wir das Gegenteil befürchten: Dass nichts mehr geht und niemand jubelt.

**Mit Ihren Ausführungen als Brückenbauer und Verhandlungsführer empfehlen Sie sich eigentlich für einen Sitz im Regierungsrat.**  
Das haben Sie gesagt.

**Ist es für Sie ein Ziel?**  
Es gibt derzeit keine Kantonswahlen. Ich bin eben als Stadtpräsident wiedergewählt worden, bin im Grossen Rat und kandidiere nun für den Nationalrat. Ich mache meine Arbeit dort gut, wo ich bin. Es ist schwierig, in der Politik Karriereziele zu haben. Ich bin nicht mit dem Ziel in die Politik gegangen angetreten, Stadtpräsident zu werden. Erst als das Amt frei war, wurde es zu einem Ziel.

**Fürchten Sie eigentlich ein Ende der bürgerlichen Mehrheit im Regierungsrat, wenn Finanzdirektorin Beatrice Simon von der BDP in den Ständerat gewählt werden sollte? Der populäre Matthias Aebischer von der SP könnte den Sitz holen.**

Ja, das beschäftigt mich. Ich fürchte, dass die Aussicht auf eine Vakanz im Regierungsrat eine Wahlkampfstimung auslösen könnte, die die Konsensfindung wieder blockiert. Das linke Lager könnte sich sagen: Wir gehen gewisse Kompromisse nicht mehr ein, weil wir auf eine Regierungsmehrheit hoffen können. Ich glaube aber nicht, dass die politischen Probleme des Kantons kleiner werden, wenn wir wieder unterschiedliche Mehrheiten in der Regierung und im Parlament haben.

In unserer Serie «Bern wohin?» widmen wir uns den grossen Fragen, die für den Kanton Bern richtigungswesend sind.

## Ein Weltrekord ist ohnehin nicht mehr möglich

**Matten** Das zweijährige Projekt für eine Hängebrücke zwischen Heimwehfluh und Kleinem Rugen «liegt auf Eis», sagt Theo Lauber von der Frutiger Firma Swissrope AG.

Ist es Ironie oder einfach nur Zufall? In der Wagnerenschlucht, die gemäss einem Projekt mit einer Hängebrücke zwischen Heimwehfluh und Kleinem Rugen überspannt werden sollte, gibt es bereits eine Hängebrücke. Eine kleine zwar, aber immerhin. Sie verbindet den Seilparkteil, in dem viele Trägerbäume Anfang 2018 dem Sturm Burglind zum Opfer fielen, mit dem neuen Teil auf der anderen Seite der Heimwehfluhstrasse im Staatswald. Die Firma Outdoor ist daran, der erweiterten Anlage den letzten Schliff für den Saisonstart zu geben.

Doch zurück zum grossen Projekt, das am 21. März 2017 vorgestellt wurde. Skywalk Interlaken sollte die Brücke heissen und die Weltrekordlänge von 507 Meter haben. Im September 2017

doppelte die Firma Swissrope AG aus Frutigen nach und liess zwischen den beiden geschichtsträchtigen Mattner «Hausbergen» ein Stahlseil spannen, um eine reale Visualisierung des Projekts zu ermöglichen. «Wir haben sogar 3 Meter Brücke eingebaut, damit man sich besser vorstellen konnte, wie sie aussehen würde», erinnert sich Theo Lauber. Und man habe die Entscheidungsträger eingeladen, die Visualisierung vom Spital Interlaken aus, wo das Seil am besten zu sehen gewesen sei, anzuschauen. Das Interesse sei gering gewesen.

«Das Projekt ist auf Eis gelegt», sagt Theo Lauber. Weltrekord wäre der Skywalk Interlaken ohnehin nicht mehr. Aktuell werden an der Mühlenkopfsprungsanlage im hessischen

Willigen für die Befestigung der längsten Fussgängersilberbrücke Probebohrungen gemacht, wie Geschäftsführer Ulrich Keudel auf Anfrage sagt. Weil die Schanze das Landschaftsbild ohnehin verändert habe, stünden Naturschutzinteressen nicht im Weg. Nur der Name seiner Webadresse, «diemelsee.ch», verrät, dass sie ursprünglich über einen Stausee geplant war. Erbauer der Brücke ist die bereits erwähnte Frutiger Firma Swissrope AG, welche die 494 Meter lange Hängebrücke in Randa erstellt hat, über die man laut Werbung «wie auf Wolken» geht.

In einem Firmenporträt in dieser Zeitung von Anfang September 2018 war auch die spektakuläre Idee einer Hängebrücke zwischen Sillerenbühl und Höchsthorn in Adelboden (siehe



So soll die Brücke dereinst aussehen. Illustration: PD/Swissrope

sagt Theo Lauber von der Frutiger Firma Swissrope AG.

Kasten) erwähnt. Vom Skywalk Interlaken jedoch war damals nicht die Rede. Nicht ganz grundlos, wie erst jetzt bekannt wurde: Laut der Bauverwaltung der Gemeinde Matten hat im September das Regierungstatthalteramt Interlaken die Baueingabe für den Skywalk als nicht genehmigungsfähig «annuliert». Der Mattner Gemeindepräsident Peter Aeschmann erklärte auf Anfrage, der Gemeinderat habe das Baugesuch ohne Stellungnahme weitergeleitet. Seither habe man nichts mehr gehört.

Daniel Sulzer, Direktor der Tourismusorganisation Interlaken, sagt, dass man vor wenigen Monaten um eine Stellungnahme ersucht worden sei und die ideelle Unterstützung des Projekts zugesagt habe, weil ein solches Angebot für die Gäste aus

dem arabischen Raum «ideal» gewesen wäre. Auch für David Tschanz, Besitzer der Heimwehfluh, wäre das Projekt «eine Chance» gewesen, sein touristisches Angebot weiterzuentwickeln. Er befürchtet, dass die in die Jahre gekommene Modell-eisenbahnstange stillgelegt werden muss. Er sei von der Swissrope AG kontaktiert worden.

Engagiert für das Projekt hatte sich von Beginn an auch der Mattner Touristiker Erich Balmer. «Ich habe geholfen, die Idee zu entwickeln. Aus touristischer Sicht wäre eine Weiterentwicklung des Gebietes Heimwehfluh sicher sehr sinnvoll», sagt er. Aber: «Mein Baby war die Hängebrücke nicht, mein wirkliches Baby ist der Seilpark.»

**Anne-Marie Günter**

ANZEIGE

## Überflüssig & unnütz!

Die radikale Zersiedelungsinitiative nimmt keine Rücksicht auf lokale, regionale und kantonale Gegebenheiten und Bedürfnisse.



Casimir Platzer  
Präsident GastroSuisse

**Radikale Zersiedelungsinitiative NEIN**

www.radikale-zersiedelungs-initiative-nein.ch

ANZEIGE

## NEIN

zum kantonalen Energiegesetz



10. Februar 2019

**Urs Grob, Energieberater, Magglingen**  
«Wo das Geld vorhanden ist, wird bereits heute umweltbewusst saniert. Das Gesetz würgt diese Dynamik mit neuen Verboten und Bewilligungsverfahren ab.»

**energiegesetz-nein.ch**  
Komitee «Nein zum Energiegesetz»  
Postfach 2639, 3001 Bern